Europäische Kommission

Eurydice *Brief*

Bürgererziehung

an den Schulen in Europa 2017



Allgemeine und berufliche Bildung

Europäische Kommission

Eurydice *Brief*

Bürgererziehung an den Schulen in Europa 2017

In dieser Eurydice Kurzdarstellung werden die wichtigsten Feststellungen des Eurydice-Berichts *Bürgererziehung an den Schulen in Europa – 2017* vorgestellt, der im Oktober 2017 veröffentlicht und unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission erarbeitet wurde. Die Daten beruhen auf geltenden Vorschriften und vorhandenen Empfehlungen, die vom Eurydice-Netz in 42 Bildungssystemen erhoben wurden. Sie werden durch Feststellungen aus der wissenschaftlichen Fachliteratur und Interviews mit einschlägigen Akteuren auf nationaler Ebene ergänzt.

Autoren der EACEA:
Isabelle De Coster
Emmanuel Sigalas
Unter Mitwirkung von Sogol Noorani und Elin McCallum (externe Expertin)
Layout und Grafiken:
Patrice Brel

Ansprechpartner:
Wim Vansteenkiste,
Kommunikation und Veröffentlichungen
Tel.: +32 2 299 50 58
E-Mail: Wim.Vansteenkiste@ec.europa.eu

Allgemeine und berufliche Bildung

EC-04-18-086-DE-N

ISBN 978-92-9492-711-8

doi:10.2797/40405

© Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur, 2018.

WESHALB IST BÜRGERERZIEHUNG WICHTIG?

Die Bedeutung von Bürgererziehung

Bewältigung moderner Herausforderungen

Europa ist derzeit mit großen Herausforderungen konfrontiert. Sozioökonomische Probleme, gewalttätiger Extremismus und ein Mangel an Vertrauen in demokratische Prozesse zählen zu den größten Gefahren für Frieden, Demokratie, Freiheit und Toleranz. Allgemeine und berufliche Bildung können dazu beitragen, diesen Gefahren zu begegnen, indem der gegenseitige Respekt gestärkt und Grundwerte gefördert werden – Bürgererziehung (staatsbürgerliche Bildung) spielt dabei eine besondere Rolle und in ganz Europa bestehen diesbezüglich große Erwartungen.

Bürgererziehung ist ein fließendes Konzept, da das Verständnis, was darunter zu verstehen ist und welche Ziele damit verfolgt werden, sich von Land zu Land unterscheidet und im Laufe der Zeit verändert. Die hier verwendete Definition gilt für moderne demokratische Gesellschaften.

Was genau ist unter Bürgererziehung zu verstehen?

Definition von Bürgererziehung

Bürgererziehung ist ein Fachgebiet, das darauf abzielt, ein harmonisches Zusammenleben zu fördern und die gegenseitig nutzbringende Entwicklung von Personen und Gemeinschaften, in denen sie leben, zu unterstützen. In demokratischen Gesellschaften unterstützt Bürgererziehung Schüler dabei, aktive, informierte und verantwortliche Bürger zu werden, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich selbst und für ihre Gemeinschaften auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu übernehmen.

Nach den Terroranschlägen im Jahr 2015 in Paris und Kopenhagen unterzeichneten die EU-Bildungsminister und die Europäische Kommission die Erklärung von Paris, in der zu Maßnahmen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene aufgerufen wird, um die Rolle der Bildung für die Förderung von Bürgerschaft und der gemeinsamen Werte Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung zu stärken (Europäische Kommission, 2015).

Aus dieser Erklärung geht eindeutig hervor, dass die öffentliche Erwartung an Bildung und insbesondere an Bürgererziehung zugenommen hat. Zwar ist Bürgererziehung kein Allheilmittel gegen alle gesellschaftlichen Krankheiten, doch es anzunehmen, dass sie einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann.

Bildung ist von Natur aus mit der Entwicklung und dem Wachstum von Personen in einem gesellschaftlichen Kontext verbunden. Alle Formen einer verantwortlichen Bildung kommen nicht nur der betreffenden Person selbst, sondern der Gesellschaft als Ganzen zugute. Bürgererziehung weist jedoch eine besondere Verbindung zum Wohlergehen einer Gesellschaft und ihrer Institutionen auf.

Die Bildungsbehörden in ganz Europa sind sich darüber bewusst, dass Kindern und jungen Menschen vermittelt werden muss, wie man sich verantwortungsvoll verhält, wobei nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch diejenigen der anderen, unter anderem der Gemeinschaften, deren Teil sie bilden, zu berücksichtigen sind. Zudem muss Kindern ein Verständnis der Rolle der Institutionen vermittelt werden, die für eine gut funktionierende Gesellschaft notwendig sind.

In demokratischen Gesellschaften spielen per Definition alle Mitglieder eine gesellschaftliche und politische Rolle. Diese umfasst in der Regel das aktive und passive Wahlrecht, die Kontrolle von Behörden und der Einsatz für einen gesellschaftlichen Wandel. Junge Menschen müssen deshalb die erforderlichen Kompetenzen erwerben, um diese gesellschaftlichen und politischen Aufgaben wahrzunehmen. Die Bildungsbehörden in demokratischen Ländern sind mehr oder weniger bemüht, zusätzlich zur Schaffung von Bewusstsein für politische Institutionen und Verfahren die persönlichen, zwischenmenschlichen und sozialen Kompetenzen zu fördern.

Der politische Rahmen

Die Erwartungen an die Bürgererziehung sind hoch.

Zusätzlich zur Erklärung von Paris (Europäische Kommission, 2015) und dem Referenzrahmen für Schlüsselkompetenzen ([1]) hat die EU in einer Reihe von politischen Initiativen ihr Engagement für die Bürgererziehung zum Ausdruck gebracht.

Der Rat für Bildung der Europäischen Union hat sich unter anderem auf die Rolle des Jugendbereichs in einem integrierten und bereichsübergreifenden Ansatz zur „Prävention und Bekämpfung der in Gewaltbereitschaft mündenden Radikalisierung junger Menschen“ konzentriert (Rat der Europäischen Union, 2016a). Er unterstützte überdies die Entwicklung der Medienkompetenz und des kritischen Denkens durch allgemeine und berufliche Bildung (Rat der Europäischen Union, 2016b) und betonte die Notwendigkeit von „Inklusion in Vielfalt mit dem Ziel einer hochwertigen Bildung für alle“ (Rat der Europäischen Union, 2017).

Des Weiteren wurde in einer Mitteilung der Kommission zur Unterstützung der Prävention von Radikalisierung, die zu extremistisch motivierter Gewalt führt, eine Reihe von Initiativen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten aufgeführt, die von der Förderung inklusiver Bildung und gemeinsamer Werte bis zur Bekämpfung von Online-Propaganda mit extremistischen Inhalten und einer Radikalisierung in Strafanstalten reicht (Europäische Kommission, 2016).

Seit 2016 bietet die Arbeitsgruppe Allgemeine und berufliche Bildung 2020 zur „Förderung der Bürgerschaft und der gemeinsamen Werte Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung“ ein Forum für den Austausch zu zentralen politischen Fragen, die in der Erklärung von Paris hervorgehoben wurden. Im Mittelpunkt stehen dabei

([1]) Empfehlung 2006/962/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen, ABl. L 394 vom 30.12.2006.

Bürgerschaft, Grundwerte und Nichtdiskriminierung. Unter anderem hat diese Arbeitsgruppe ein Online-Kompendium zu bewährten Verfahren erarbeitet ([2]).

Neben der EU sind auch andere internationale Akteure im Bereich der Bürgererziehung tätig. Der Europarat hat beispielsweise die Ergebnisse der von ihm durchgeführten Überwachung der Umsetzung seiner „Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung" veröffentlicht, die von allen EU-Mitgliedstaaten angenommen wurde (Europarat, 2017). Des Weiteren hat der Europarat seinen Referenzrahmen „Kompetenzen für eine demokratische Kultur: Gleichberechtigtes Zusammenleben in kulturell unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften" veröffentlicht (Europarat, 2016). Auch die UNESCO fördert aktiv die Idee der Bürgererziehung auf globaler Ebene im Rahmen des Bildungskonzepts „Global Citizenship Education" (UNESCO, 2015). Und schließlich veröffentlichte die International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) die Ergebnisse ihrer internationalen Studie zu politischer und staatsbürgerlicher Bildung (Schulz et al., 2017).

Der Eurydice-Bericht

Der Eurydice-Bericht 2017 zur Bürgererziehung an den Schulen in Europa ist der dritte Eurydice-Bericht zu diesem Thema und spiegelt zum einen das kontinuierliche Interesse der EU und der nationalen Behörden sowie zum anderen die Notwendigkeit wider, allen Akteuren die aktuellsten Daten zur derzeitigen Struktur, aktuellen Inhalten und Instrumenten für die Durchführung von Bürgererziehung zur Verfügung zu stellen.

Der vollständige Bericht kann von der Website der EACEA heruntergeladen werden ([3]).

Mit dem Bericht solle ein aktueller und umfassender Überblick über die nationalen politischen Strategien im Bereich der Bürgererziehung an den Schulen in Europa vermittelt werden. Der Bericht gliedert sich in vier Kapitel, die sich jeweils mit verschiedenen Aspekten der Bürgererziehung befassen: 1. Organisation und Inhalt der Lehrpläne; 2. Unterricht, Lernen und aktive Beteiligung; 3. Bewertung von Schülern und Evaluierung von Schulen sowie 4. Lehrerausbildung, berufliche Weiterbildung und Unterstützung. Vier Fallstudien zu aktuellen politischen Initiativen im Bereich der Bürgererziehung in Belgien (Flämische Gemeinschaft), Estland, Frankreich und Österreich ergänzen die Kapitel.

Der Bericht beruht auf qualitativen Daten, die vom Eurydice-Netz zu einschlägigen amtlichen Vorschriften und Empfehlungen bereitgestellt wurden, und ergänzenden Informationen, die auf Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Fachliteratur und Interviews mit einschlägigen Akteuren auf nationaler Ebene zurückgehen.

([2]) https://ec.europa.eu/education/compendium_de

([3]) https://webgate.ec.europa.eu/fpfis/mwikis/eurydice/index.php/Publications:Citizenship_Education_at_School_in_Europe_%E2%80%93_2017

Konzeptioneller Rahmen

Unter Berücksichtigung des vorstehend dargelegten aktuellen politischen Hintergrunds und der neuesten Forschungsergebnisse konzentriert sich der konzeptionelle Rahmen auf vier Kompetenzbereiche der Bürgererziehung (d. h. Wissensbereiche, Fähigkeiten und Einstellungen).

Durch Bürgererziehung vermittelte Kompetenzen helfen jungen Menschen beim wirksamen Miteinander, beim kritischen Denken und beim Handeln auf sozial verantwortungsvolle und demokratische Art und Weise.

Bereich 1: **Wirksames und konstruktives Miteinander**, einschließlich persönlicher Entwicklung (Selbstvertrauen, persönliche Verantwortung und Empathie), Kommunikation und Zuhören sowie Zusammenarbeit mit anderen.

Bereich 2: **Kritisches Denken**, einschließlich Argumentation und Analyse, Medienkompetenz, Wissen und Erkenntnisse sowie Nutzung von Quellen.

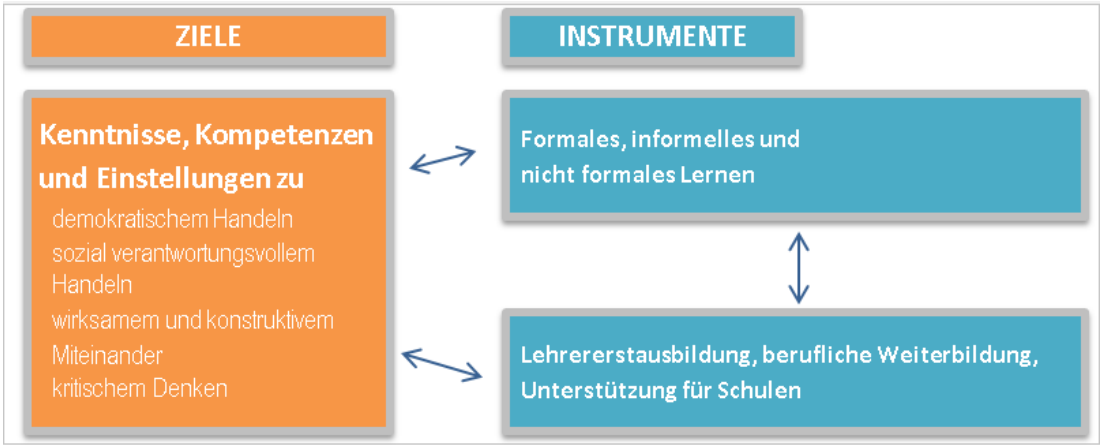
Bereich 3: **Sozial verantwortungsbewusstes Verhalten**, einschließlich Achtung des Grundsatzes der Gerechtigkeit und der Menschenrechte, Respekt gegenüber anderen, für andere Kulturen und Religionen, Entwicklung eines Gefühls der Zugehörigkeit und eines Verständnisses für Fragen der Umwelt und Nachhaltigkeit.

Bereich 4: **Demokratisches Handeln**, einschließlich der Achtung demokratischer Grundsätze, Kenntnisse und Verständnis der politischen Prozesse, Institutionen und Organisationen sowie Kenntnisse und Verständnis der grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Konzepte ([4]).

Auch wenn der Schwerpunkt auf Schülern und den Aktivitäten in der Schule liegt, wird in dem Bericht bestätigt, dass Lehrkräfte eine zentrale Rolle beim Lernprozess spielen, und es wird anerkannt, dass außerschulische Aktivitäten (wie Studienbesuche oder Freiwilligenarbeit in Gemeinschaftsprojekten) zu den Zielen der Bürgererziehung beitragen können.

In Abbildung 1 werden die Verbindungen zwischen den Zielen und Instrumenten für die Durchführung von Bürgererziehung dargestellt.

Abbildung 1: Konzeptioneller Rahmen: Ziele und Instrumente für die Vermittlung von Bürgererziehung g



([4]) Die vollständige Aufstellung der Kompetenzen findet sich in Abbildung 1.7 im Bericht.

UM WAS GEHT ES BEI DER BÜRGERERZIEHUNG?

Politische Bildung oder Bürgererziehung?

Bürgererziehung ist in der Regel breiter angelegt als politische Bildung.

Die Grenze zwischen politischer Bildung und Bürgererziehung ist nicht ganz klar, aber Erstere ist enger gefasst als Letztere. Während sich politische Bildung und Staatsbürgerkunde auf den Prozess der Vermittlung von Wissen über die verfassungsmäßige Struktur und die politischen Institutionen des Landes bezieht, werden im Rahmen von Bürgererziehung zusätzlich soziale Verantwortung und Kompetenzen vermittelt, um wirksame zwischenmenschliche Beziehungen und eine erfolgreiche persönliche Entwicklung sicherzustellen. Dem Eurydice-Bericht liegt das breitere Konzept der Bürgererziehung zugrunde, um möglichst viele Aspekte einzuschließen und die Diversität der nationalen Lehrpläne zu erfassen.

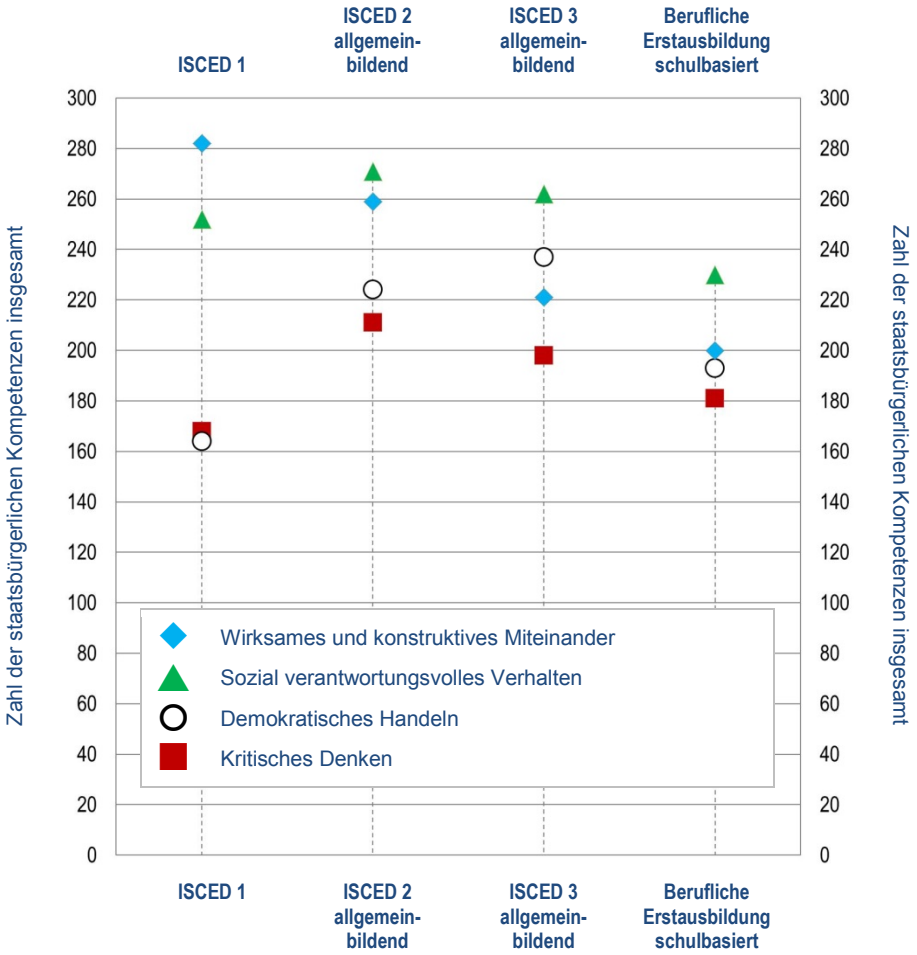
In der Eurydice-Studie von 2017 bestätigte sich, dass Bürgererziehung in allen Ländern Teil der nationalen Lehrpläne für die allgemeine Bildung ist. Des Weiteren bestätigte sich, dass Bürgererziehung weitaus mehr ist als nur die Vermittlung von Kenntnissen über die politischen Institutionen oder die Geschichte des Landes. Alle Länder haben ehrgeizige Lehrpläne zur Entwicklung von Kompetenzen in Zusammenhang mit einem wirksamen und konstruktiven Miteinander, einem sozial verantwortungsvollen Verhalten, demokratischen Handeln und kritischen Denken.

Die pädagogischen Prioritäten auf den verschiedenen Bildungsstufen

Demokratisches Handeln wird im Sekundarschulbereich II behandelt.

Im Primarbereich wird relativ viel Gewicht darauf gelegt, die Kinder im wirksamen und konstruktiven Umgang miteinander zu unterrichten, was unter anderem Kompetenzen in Zusammenhang mit der persönlichen Entwicklung und zwischenmenschlichen Beziehungen umfasst (siehe Abbildung 2). Es überrascht wenig, dass kritisches Denken und demokratisches Handeln kein zentrales Merkmal auf der ISCED-Stufe 1 darstellen. Es ist sinnvoller, die Schüler auf ein demokratisches Handeln gegen Ende des Sekundarbereichs, mit dem normalerweise die Pflichtschulbildung endet, vorzubereiten, da sie in dieser Phase in den meisten Ländern das Alter erreichen, in dem sie das Wahlrecht bei den Parlamentswahlen erhalten. Kritisches Denken setzt die Fähigkeit zur Abstraktion und zum analytischen Denken voraus, die bei älteren Schülern stärker ausgeprägt ist. Das Unterrichten, wie man sich den Mitmenschen gegenüber verhält und in einer sozialverträglichen und verantwortungsvollen Weise handelt, beginnt hingegen bereits frühzeitig bei jüngeren Schülern. Aus diese Weise sollen diese Werte tief im Bewusstsein der Kinder verankert werden.

Abbildung 2: Häufigkeit, mit der staatsbürgerliche Kompetenzen in den nationalen Lehrplänen für Bürgererziehung vorgesehen sind, nach Kompetenzbereich für den Primarbereich, allgemeinen Sekundarbereich und die schulbasierte beruflichen Erstausbildung, 2016/2017



Quelle: Eurydice.

Wirksames und konstruktives Miteinander

Im Primarbereich sind persönliche Verantwortung, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit wichtig.

Für 36 europäische Bildungssysteme wird angegeben, dass die Entwicklung persönlicher Verantwortung eines der Ziele der Bürgererziehung sei. Persönliche Verantwortung impliziert Nachdenken über die eigene Haltung, Selbstbeherrschung und die Entwicklung eines Verantwortungsgefühls für das eigene Handeln – was zudem eine gesellschaftlich nützliche Fähigkeit darstellt. Für den Sekundarbereich I erwähnen 35 Länder Verantwortung in einer Form in ihrem Lehrplan – auf der ISCED-Stufe 3, und in der beruflichen Erstausbildung ist dies bei 30 Ländern der Fall (siehe Abbildung 1.10 im Bericht).

Die zweithäufigste Komponente in diesem Kompetenzbereich im Primarbereich ist Kommunikation und Zuhören, was impliziert, die eigene Sichtweise mitzuteilen und diese mithilfe von Argumenten zu stützen sowie respektvoll den Meinungen anderer zuzuhören. In 33 Bildungssystemen sind diese Kompetenzen im Lehrplan eingeschlossen. Für den Sekundarbereich I ist Kommunikation und Zuhören in 31 nationalen Lehrplänen enthalten. Kommunikationsfähigkeit und die Fähigkeit zum Zuhören sind die drittwichtigste Kompetenz im Kompetenzbereich des wirksamen Miteinanders im Sekundarbereich II. Ein ähnliches Muster ist bei der beruflichen Erstausbildung zu erkennen, bei der Kommunikation und Zuhören in 24 Lehrplänen vorgesehen ist, sodass es sich dabei um die zweithäufigste Komponente handelt.

Die Zusammenarbeit mit anderen zu lernen, ist eine weitere Priorität, die in vielen Lehrplänen europaweit berücksichtigt wird. Zusammenarbeit ist die dritthäufigste Kompetenz auf den ISCED-Stufen 1 und 2, auf der ISCED-Stufe 3 und in der beruflichen Erstausbildung ist sie hingegen weniger wichtig (siehe Abbildung 1.10 im Bericht).

Kritisches Denken

Kritisches Denken ist eine wichtige Komponente der staatsbürgerlichen Bildung.

Urteilsfähigkeit ist die bei Weitem am häufigste Kompetenz auf der ISCED-Stufe 1 im Rahmen des Kompetenzbereichs kritisches Denken, Argumentations- und Analysefähigkeiten, an zweiter Stelle folgt mit einigem Abstand Medienkompetenz (siehe Abbildung 1.11 im Bericht). Auf der ISCED-Stufe 2 steht kritisches Denken an erster Stelle, wobei Urteilsfähigkeit und Verständnis der aktuellen Welt gemeinsam an zweiter Stelle und Wissensgewinnung und Nutzung von Quellen an dritter Stelle folgen. Kritisches Denken steht auch auf der ISCED-Stufe 3 an erster Stelle, an zweiter Position findet sich Urteilsfähigkeit und Verständnis der aktuellen Welt und an dritter Stelle folgt Argumentations- und Analysefähigkeit. Schließlich ist in der beruflichen Erstausbildung folgende Reihenfolge festzustellen: kritisches Denken, Argumentations- und Analysefähigkeit gefolgt von Urteilsfähigkeit.

In den meisten Bildungssystemen stehen im Allgemeinen ähnliche Komponenten in Zusammenhang mit kritischem Denken im Vordergrund und manche Elemente sind offenbar ausreichend wichtig, um auf allen oder nahezu allen Bildungsstufen berücksichtigt zu werden. An erster Stelle steht die Fähigkeit, kritisch über Sachverhalte nachzudenken und unter verschiedenen Optionen zu wählen, insbesondere wenn ethische Überlegungen eine Rolle spielen (kritisches Denken und Urteilsfähigkeit). In etwa der Hälfte der Bildungssysteme gilt Medienkompetenz (einschließlich Kompetenz in sozialen Medien und Umgang mit Cybermobbing) als wichtige Kompetenz, die in den Lehrplan auf den ISCED-Stufen 1, 2 und 3 integriert ist. Nur in relativ wenigen Ländern wird diese Kompetenz in der beruflichen Erstausbildung vermittelt. Das Verständnis der aktuellen Welt oder Kenntnisse des aktuellen Geschehnisses sind in vielen Ländern Teil des Lehrplans, hauptsächlich aber im Sekundarbereich. Ein ähnliches Muster lässt sich bei Wissensgewinnung und Nutzung von Quellen erkennen. Kreativität hingegen wird in der Regel im Primarbereich und im Sekundarbereich I gefördert, allerdings nur in wenigen Ländern.

Sozial verantwortungsvolles Verhalten

Respekt gegenüber anderen wird in allen Jahrgangsstufen vermittelt.

Die Bildungsbehörden streben an, dass Schüler bei ihrem Schulabschluss über ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein nicht nur für sich selbst oder gegenüber anderen Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung (z. B. Familie und Mitschüler), sondern auch gegenüber der Gesellschaft als Ganzes verfügen.

Bestimmte Themen werden in allen Jahrgangsstufen behandelt. Beispielsweise wird in über der Hälfte der Bildungssysteme „Respekt gegenüber anderen und Achtung der Menschenrechte“ auf allen Bildungsstufen unterrichtet (siehe Abbildung 1.12 im Bericht). Entsprechend erwähnen 23 Länder für die ISCED-Stufe 1 die Achtung anderer Kulturen im Lehrplan. Diese Zahl steigt auf 26 für die ISCED-Stufe 2 bzw. 28 für die ISCED-Stufe 3. In 24 Lehrplänen für die schulbasierte Berufsbildung wird Wissen über bzw. der Respekt für andere Kulturen erwähnt. Hingegen wird in einer geringeren Zahl von

nationalen Lehrplänen Wissen über oder Respekt für andere Religionen berücksichtigt, insbesondere im Primarbereich (15 Länder auf der ISCED-Stufe 1, 22 Länder auf der ISCED-Stufe 2, 21 Länder auf der ISCED-Stufe 3 und 16 Länder in der beruflichen Erstausbildung).

Themen in Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung werden in der Regel in den höheren Stufen der Schulbildung unterrichtet, während Umweltschutz häufig bereits im Primarbereich behandelt wird. Dies gilt auch für die Schaffung eines Zugehörigkeitsgefühls, das die Förderung eines Gefühls des Patriotismus und nationaler Identität umfasst.

Bürgererziehung, insbesondere im jungen Alter, wird mit der Förderung einer nationalen Identität verbunden (Heater, 2002). Der Eurydice-Bericht zeigt auf, dass mindestens 27 der 42 europäischen Bildungssysteme auf der ISCED-Stufe 1 auf die Förderung eines Zugehörigkeitsgefühls abzielen, während diese Zahl auf den ISCED-Stufen 2 und 3 sowie in der beruflichen Erstausbildung abnimmt. Diese Erkenntnis spiegelt in Kombination mit der Tatsache, dass viele Länder Kompetenzen in Zusammenhang mit Nichtdiskriminierung und Respekt für andere Kulturen fördern, möglicherweise die Tatsache wider, dass Europa vielfältig und multikulturell geworden ist und die Lehrpläne entsprechend angepasst wurden.

Ein Zugehörigkeitsgefühl wird hauptsächlich im Primarbereich geschaffen.

Demokratisches Handeln

Die mit demokratischem Handeln verbundenen Kompetenzen sind eindeutig die politischsten Aspekte der Bürgererziehung. Abbildung 3 ist zu entnehmen, dass die Förderung der Beteiligung von Schülern am demokratischen Prozess in den meisten Bildungssystemen im Lehrplan berücksichtigt wird. Somit wird in der modernen Bürgererziehung in Europa in der Regel nicht einfach theoretisches Wissen über die Demokratie vermittelt, sondern die Schüler werden aufgefordert, aktive Bürger zu werden, die sich am öffentlichen und politischen Leben beteiligen.

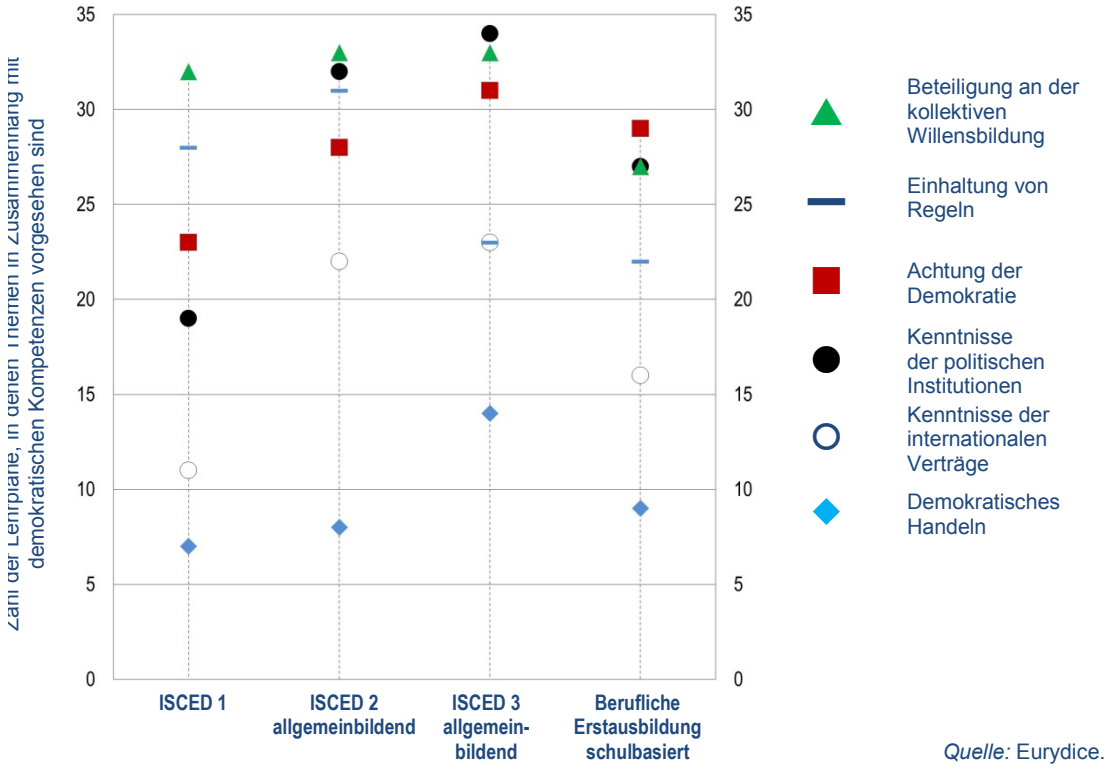
Die Förderung der Beteiligung ist mindestens so wichtig wie Wissen über Institutionen.

Selbstverständlich werden in den nationalen Lehrplänen auch die Vermittlung von Kenntnissen über die politischen Institutionen und Prozesse und das abstraktere Lernen für ein Verständnis der grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Konzepte berücksichtigt. Allerdings findet dies in der Regel im Sekundarbereich statt, wenn die Schüler etwas älter sind. Im Primarbereich sind über die Hälfte der nationalen Lehrpläne auf die Vermittlung des Werts von Regeln und der Notwendigkeit ihrer Einhaltung ausgerichtet. Dies ist auch im Sekundarbereich I der Fall; im Sekundarbereich II und in der beruflichen Erstausbildung hingegen verlagert sich der Schwerpunkt weg von diesem Aspekt. Die Förderung der Beteiligung erfolgt in den meisten Ländern in einem frühen Alter. Im Primar- und Sekundarbereich wird in über 30 Länder Beteiligung in den Lehrplänen erwähnt, in der beruflichen Erstausbildung nimmt diese Zahl auf 27 ab (siehe Abbildung 3).

Schließlich sind in einer großen Zahl der Lehrpläne des Sekundarbereichs auch Themen in Zusammenhang mit internationalen Organisationen, insbesondere die EU, sowie internationale Verträge, vor allem UN- Verträge, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte enthalten. Es überrascht, dass dieses Element nicht in allen berücksichtigten Bildungssystemen unterrichtet wird.

Bürgererziehung weist eine internationale Dimension auf.

Abbildung 3: Nationale Lehrpläne mit Kompetenzen in Zusammenhang mit demokratischem Handeln im Primarbereich, allgemeinen Sekundarbereich und in der schulbasierten beruflichen Erstausbildung, 2016/2017



Quelle: Eurydice.

Fallstudie: Stärkung der Bürgererziehung in Österreich

Bürgererziehung in Österreich ist in das Fach Geschichte integriert und wird häufig von Lehrkräften für Geschichte unterrichtet. In der Folge wird Bürgererziehung nicht immer die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Um dieses Ungleichgewicht zu beheben, wurden im Rahmen der Lehrplanreform von 2016 neun Pflichtmodule (Themenbereiche) eingeführt, von denen zwei ausschließlich Bürgererziehung und zwei weitere gemeinsam Geschichte und Bürgererziehung zum Gegenstand haben. Zwar verfügen die Lehrkräfte generell über Autonomie bei ihren Unterrichtsmethoden, doch besteht jetzt die Pflicht, Themen der Bürgererziehung in die Pflichtmodule aufzunehmen.

Im Rahmen der Module werden Themen in einer Art und Weise behandelt, bei der zeit- und bereichsübergreifende Ansätze kombiniert werden, was im Gegensatz zur chronologischen Reihenfolge in der Vergangenheit steht. Darüber hinaus wird im Lehrplan jetzt zwischen drei miteinander verknüpften, jedoch unterschiedlichen Dimensionen der politischen Landschaft unterschieden. Erstens handelt es sich dabei um die formale Dimension („Staat“), die sich mit der Verfassung und politischen Institutionen befasst, zweitens um den Inhalt („Politische Strategien“), der die Ziele und Aufgaben der Politik und die zugehörigen konkurrierenden politischen Interessen und Ideologien abdeckt, und drittens um den Prozess („Politik“), der sich damit befasst, wie politische Ideen in die Praxis umgesetzt werden, wie der „politische Wille“ gebildet wird und wie ein politischer Konsens erzielt und Konflikte gelöst werden.

ORGANISATION DES LEHRPLANS

Im Gegensatz zu Mathematik oder Sprachunterricht ist Bürgererziehung kein traditionelles Schulfach, das immer als eigenständiges Thema in den von den obersten Behörden erarbeiteten Lehrplänen anerkannt wird. Bürgererziehung wird häufig mit Blick auf gesellschaftliche und politische Kompetenzen definiert, die wie andere fächerübergreifende oder „transversale" Kompetenzen wie etwa digitale Kompetenzen, unternehmerisches Denken und Lernkompetenzen (Europäische Kommission, 2012) eine breite Anwendung haben und mit zahlreichen anderen Fächern im gesamten Lehrplan verknüpft sind. Eine große Herausforderung für die Integration transversaler Kompetenzen, die in Fächer wie Bürgererziehung integriert sind, besteht in der Verbesserung ihres Status, um sie stärker an die traditionellen fächerbasierten Kompetenzen anzugleichen (Europäische Kommission/EACEA/ Eurydice, 2012b).

Drei zentrale Lehrplankonzepte für Bürgererziehung finden in Europa Anwendung:

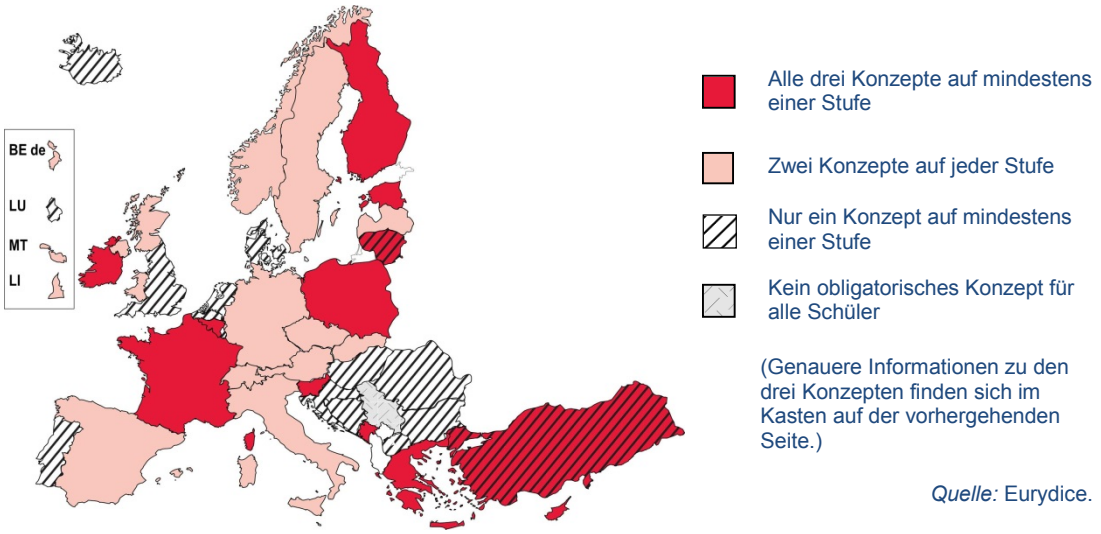
- ***Bereichsübergreifendes Thema: Ziele, Inhalt und Lernergebnisse der Bürgererziehung sind übergreifend in den Lehrplan eingebunden und alle Lehrkräfte teilen sich die Verantwortung für die Vermittlung.***
- ***Integriert in andere Fächer: Ziele, Inhalte oder Lernergebnisse der Bürgererziehung sind in die Lehrplanunterlagen von breiter gefassten Fächern oder Lernbereichen, häufig in Zusammenhang mit Geisteswissenschaften/ Sozialwissenschaften einbezogen.***
- ***Eigenständiges Fach: Ziele, Inhalte oder Lernergebnisse Bürgererziehung sind in einem eigenständigen Fachbereich, der sich hauptsächlich mit Bürgererziehung befasst, enthalten.***

In den nationalen Lehrplänen wird häufig eine Kombination von Konzepten für die Bürgererziehung herangezogen.

Werden für Vergleichszwecke ausschließlich die für alle Schüler obligatorischen Fächer oder Lernbereiche berücksichtigt, so zeigt der Eurydice-Bericht auf, dass die überwiegende Mehrheit der Länder mindestens eines der drei vorstehend dargelegten Lehrplankonzepte auf jeder Bildungsstufe zugrunde legt. Zudem nutzen zahlreiche Länder mehr als ein Konzept: Das am weitesten verbreitete Modell besteht aus einem integrierten Ansatz, der mit fächerübergreifendem Unterrichten kombiniert wird. Dies ist in 28 Bildungssystemen in der gesamten allgemeinen Bildung der Fall.

Zusätzlich zu diesen zwei Konzepten wird Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach auf allen drei Stufen des allgemeinen Bildungswegs auch in Estland, Griechenland, Frankreich und Finnland unterrichtet. Dies ist seit dem Schuljahr 2017/2018 auch in Belgien (Französische Gemeinschaft) in den Schulen der Fall, die eine Auswahl zwischen verschiedenen Unterrichtsveranstaltungen in Religion und Ethik anbieten. Des Weiteren wird eigenständiger Pflichtunterricht in Bürgererziehung mit fächerübergreifenden und integrierten Konzepten auf einer Bildungsstufe in Zypern, Litauen, Polen, Slowenien, Montenegro und der Türkei kombiniert – diese Kombination wurde auch in Irland bis zum Schuljahr 2016/2017 angewandt.

Abbildung 4: Kombination von Konzepten für Bürgererziehung nach den nationalen Lehrplänen für den Primarbereich und den allgemeinen Sekundarbereich (ISCED 1-3), 2016/2017



Länderinformationen nach Ebene und länderspezifische Hinweise: siehe Abbildung 1.1 im Bericht.

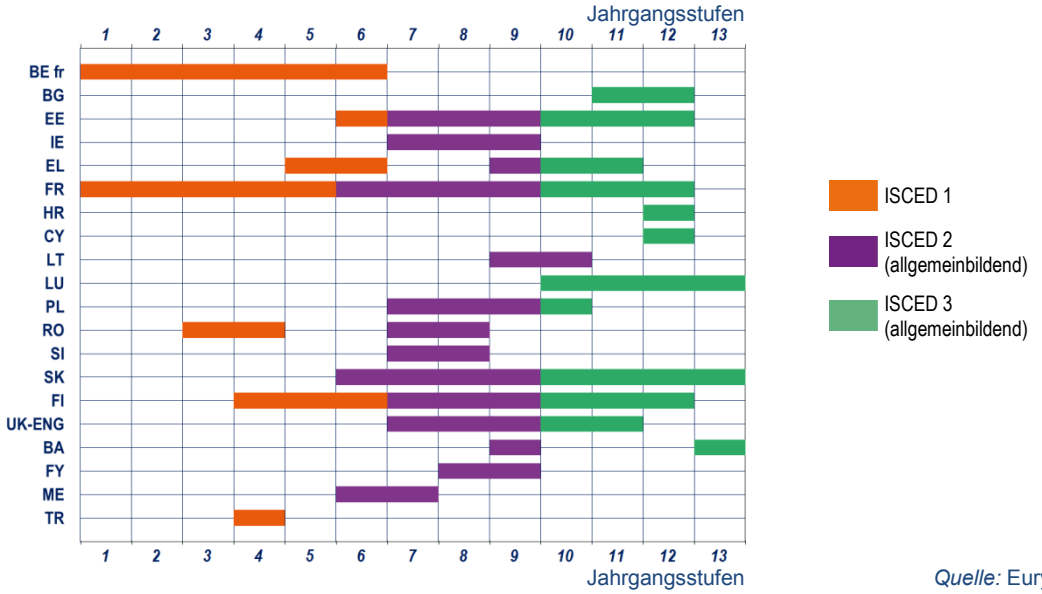
In 15 Bildungssystemen wird ein einzelnes Konzept für Bürgererziehung auf mindestens einer Bildungsstufe zugrunde gelegt. Dies bedeutet häufig, dass Bürgererziehung entweder nur in andere Pflichtfächer oder Lernbereiche integriert ist oder dass es nur als fächerübergreifendes Thema in den Lehrplan eingeschlossen ist. Dies ist beispielsweise in Belgien (Flämische Gemeinschaft) der Fall. Dort ist das Personal des Sekundarbereichs gemeinsam für die Entscheidung zuständig, wie die verschiedenen allgemeinen Lehrplanziele betreffend Bürgererziehung (z. B. Verantwortung übernehmen, Respekt zeigen, kritisch sein usw.) und andere konkretere Ziele (z. B. im politisch-rechtlichen Kontext) eingebettet werden. Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach, ohne als fächerübergreifendes Thema definiert oder in andere Pflichtfächer integriert zu sein, ist weniger verbreitet. Dies ist auf mindestens einer Bildungsstufe in Rumänien, dem Vereinigten Königreich (England), Bosnien und Herzegowina sowie der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien der Fall. Im Vereinigten Königreich (England) ist eine als eigenständiges Fach ausgewiesene Unterrichtsveranstaltung in Bürgererziehung für alle Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 11 an staatlichen Schulen vorgeschrieben und kann optional von öffentlich geförderten unabhängigen Schulen („academies“) angeboten werden.

Serbien ist das einzige Land, in dem Bürgererziehung kein Pflichtfach für alle Schüler ist. Allerdings wird Bürgererziehung als Wahlfach im gesamten allgemeinen Bildungswesen als Alternative zu Religionsunterricht angeboten.

Bürgererziehung als eigenständiges Fach

In 20 Bildungssystemen wird Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach unterrichtet, es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede bei der Dauer des Unterrichtsangebots. Die Zahl der Schuljahre, in denen das Fach unterrichtet wird, reicht von einem bis zu zwölf Jahren. In 13 Bildungssystemen wird dieses eigenständige Pflichtfach nur im Sekundarbereich angeboten. Nur in Belgien (Französische Gemeinschaft – an manchen Schulen seit dem Schuljahr 2017/2018), Estland, Frankreich und Finnland (mit einer gewissen Flexibilität in diesem Zusammenhang im Sekundarbereich II) wird Bürgererziehung durchgehend als Pflichtfach im allgemeinen Bildungswesen ab dem Primarbereich unterrichtet. Darüber hinaus wird das Fach auch in Griechenland und Rumänien als eigenständiges Pflichtfach sowohl im Primar- als auch im Sekundarbereich angeboten, allerdings nicht fortlaufend. In Kroatien, Zypern und der Türkei wird Bürgererziehung die kürzeste Zeit verpflichtend als eigenständiges Fach unterrichtet, da das Fach nur in einer Jahrgangsstufe der allgemeinen Bildung angeboten wird.

Abbildung 5: Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach, 2016/2017



Quelle: Eurydice.

Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, was die Dauer des Unterrichts der verschiedenen Fächer angeht.

Länderspezifische Hinweise: Abbildung 1.2 im Bericht.

Der Lehrplan kann nicht beliebig ausgedehnt werden und die Länder müssen schwierige Entscheidungen treffen, wenn sie ein neues Schulfach einführen möchten. Die Eurydice-Daten machen deutlich, dass im Zeitverlauf keine klaren Trends mit Blick auf die Entwicklung des Konzepts als eigenständiges Fach im Vergleich zur Integration von Komponenten der staatsbürgerlichen Bildung in andere Fächer zu erkennen sind. Einige Länder haben vor Kurzem den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung als eigenständiges Pflichtfach ausgebaut. Tatsächlich wurde Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach in Belgien (Französische Gemeinschaft) eingeführt und in Griechenland und Finnland, in denen das Fach als Pflichtfach unterrichtet wird, auf einigen Jahrgangsstufen erweitert. In vier Ländern hingegen wurde das im Schuljahr 2010/2011 als eigenständiges Pflichtfach unterrichtete Fach ([5]) zwischenzeitlich in den nationalen Lehrplänen gestrichen. In

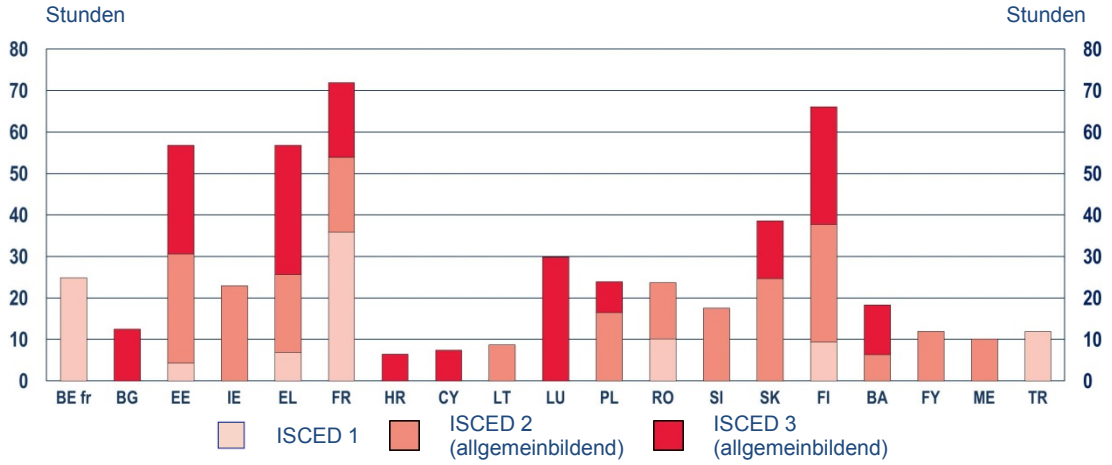
([5]) Das Schuljahr 2010/2011 war das Bezugsjahr des vorhergehenden Eurydice-Berichts zu diesem Thema. Siehe Europäische Kommission/EACEA/Eurydice, 2012a.

Spanien wurde 2013 die für alle Autonomen Gemeinschaften bestehende Pflicht zum Unterrichten von staatsbürgerlicher Bildung als eigenständiges Pflichtfach in der gesamten allgemeinen Bildung abgeschafft, sodass die Autonomen Gemeinschaften jetzt ihre eigene Strategie in diesem Bereich festlegen können. In Irland, Zypern und Norwegen wurde der eigenständige Ansatz jetzt durch integrierte Konzepte abgelöst.

Unterrichtszeit

In fast allen Ländern, in denen Bürgererziehung als eigenständiges Fach unterrichtet wird, werden Empfehlungen zur Unterrichtszeit herausgegeben. Die einzige Ausnahme bildet das Vereinigte Königreich (England), wo es den Schulen überlassen bleibt, im Rahmen der schulischen Autonomie über die Verteilung der Lehrplanzeit auf verschiedene Fächer zu entscheiden.

Abbildung 6: Durchschnittliche empfohlene Mindestunterrichtsstunden pro Jahr für Bürgererziehung als eigenständigem Pflichtfach auf den einzelnen ISCED-Stufen, 2016/2017



Quelle: Eurydice.

Unterschiede bei der Unterrichtszeit für Bürgererziehung als eigenständigem Fach spiegeln sich in der Dauer des Unterrichtsangebots wider.

Auf den drei untersuchten Bildungsstufen variiert die durchschnittliche jährliche Unterrichtszeit für Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach zwischen den betreffenden europäischen Ländern erheblich. Diese Unterschiede stehen jedoch häufig mit der Zahl der Jahrgangsstufen pro Bildungsstufe in Zusammenhang, in denen Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach unterrichtet wird. Beispielsweise sind im Sekundarbereich I die vier höchsten zugewiesenen durchschnittlichen Stundenzahlen in Finnland (28), Estland (26), der Slowakei (25) und Irland (23) festzustellen, da in diesen Ländern Bürgererziehung auf jeder Jahrgangsstufe dieser Bildungsstufe unterrichtet wird. Entsprechend ist in Kroatien, Zypern und Polen, wo Bürgererziehung nur in einer Jahrgangsstufe des Sekundarbereichs II unterrichtet wird, mit nur sieben Stunden die niedrigste Zahl der empfohlenen Unterrichtsstunden auf dieser Bildungsstufe zu verzeichnen. In den Ländern mit der höchsten empfohlenen Unterrichtszeit wird in der Regel Bürgererziehung auch am längsten unterrichtet.

BÜRGERERZIEHUNG IN DER SCHULE UND DARÜBER HINAUS

Schulische und außerschulische Aktivitäten

In 33 Bildungssystemen in Europa liegen nationale Leitlinien vor, einschließlich unterstützendes Material für Bürgererziehung für mindestens eine Bildungsstufe. In 18 Bildungssystemen gibt es Leitlinien für alle Bildungsstufen. Allerdings stehen am häufigsten für den Sekundarbereich I Leitlinien zur Verfügung (33 Bildungssysteme), an zweiter Stelle folgt der Sekundarbereich II (30 Bildungssysteme). Im Primarbereich sinkt diese Zahl auf 29 Bildungssysteme. Nur in 20 Bildungssystemen wird diese Unterstützung hingegen für die schulbasierte berufliche Erstausbildung angeboten.

Innovative und traditionelle pädagogische Konzepte werden gemeinsam eingesetzt.

Zusätzlich zum traditionelleren Modell des von der Lehrkraft moderierten Lernens finden auch innovative pädagogische Konzepte Anwendung. Als Beispiel ist das in Irland und anderen Ländern angewandte aktive Lernen zu nennen, bei dem die Schüler ihr eigenes staatsbürgerliches Aktionsprojekt planen und durchführen können. Zypern hat durch die Herausgabe eines Lernleitfadens zur Unterstützung von Diskussionen an Schulen, die sensible Themen wie beispielsweise Nottötung von Tieren betreffen können, in interaktives Lernen investiert. In Lettland werden Kurzfilme zu realen Diskriminierungsfällen gezeigt, um kritisches Denken und Selbstreflexion anzuregen. In Griechenland können Schüler die „Online-Schulpresse" nutzen, um kooperative Lernformen zu fördern, und in den Niederlanden kann gemeinnützige Arbeit im Rahmen des Lehrplans akkreditiert werden.

In 28 europäischen Bildungssystemen werden Empfehlungen zu außerschulischen Aktivitäten für die Bürgererziehung herausgegeben (siehe Abbildung 2.2 des Berichts) – in den Ländern, in denen eine gewisse schulische Autonomie besteht, können diese Aktivitäten sogar stattfinden, wenn keine speziellen Leitlinien zu diesem Sachverhalt vorliegen.

Außerschulische Aktivitäten werden in der Regel häufiger von den Schülern geleitet als moderiert, wobei ein Schwerpunkt auf Lernen durch die Praxis liegt. Diese Aktivitäten finden in der Regel ab dem Sekundarbereich I bis zur beruflichen Erstausbildung und nur selten im Primarbereich statt.

Umweltbewusstsein war das Thema, das auf den Listen der angebotenen außerschulischen Aktivitäten am häufigsten genannt wurde – in 23 Bildungssystemen wird dieses Thema auf mindestens einer Bildungsstufe behandelt (von 19 Bildungssystemen in der beruflichen Erstausbildung bis zu 22 Bildungssystemen im Sekundarbereich I). Dicht darauf folgen Aktivitäten im Bereich politisches Leben, wobei 23 Bildungssysteme diesen Bereich im Sekundarbereich II und nur 13 im Primarbereich besonders berücksichtigen.

In den meisten Ländern gibt es Empfehlungen zur Förderung des - Umweltbewusstseins und Aktivitäten im Bereich politisches Leben.

Die Umweltaktivitäten umfassen eine Reihe von Projekten mit unterschiedlichen Partnern auf globaler und nationaler Ebene, die von Projekten in Zusammenhang mit Prioritäten der Vereinten Nationen bis zu EU-Projekten im Rahmen von *Erasmus+* reichen. Aktivitäten im Zusammenhang mit politischem Leben zielen darauf ab, junge Menschen für politische Fragen, Prozesse und Strukturen zu sensibilisieren und einzubinden. Beispielsweise werden in Litauen internationale Debatten über Jugendthemen zwischen jungen Menschen aus mittel- und osteuropäischen Ländern gefördert. In Österreich gibt es ein Jugendparlament und das österreichische Parlament bietet Workshops und Führungen für Schüler an. Die Schweiz hat ein einfaches Abstimmungsinstrument zur Förderung der politischen Beteiligung von jungen Menschen entwickelt.

Mitwirkung von Schülern am schulischen Leben

Die Mitwirkung von Schülern am schulischen Leben und an der Schulverwaltung ist ein wichtiger Teil der staatsbürgerlichen Bildung. Selbst wenn die Schülervertretungen nur eingeschränkte (oder keine) formale Befugnisse haben, vermitteln sie den Schülern eine praktische Erfahrung des demokratischen Prozesses.

Schülervertretungen sind an Primarschulen jetzt verbreiteter.

Nahezu alle befragten Länder bestätigen, dass Schülervertretungen auf einer oder mehreren Bildungsstufen vorhanden sind. 23 Länder berichten von Empfehlungen für Schülervertretungen für alle Bildungsstufen. Obwohl im Laufe der Zeit eine Zunahme bei der Zahl der Länder festzustellen ist, die eine Schülervertretung an Schulen empfehlen, handelt es sich dabei weitgehend um ein Merkmal des Sekundarbereichs. Interessanterweise ist jedoch eine deutliche Veränderung festzustellen. Während 2012 nur 16 Bildungssysteme angaben, dass eine Schülervertretung im Primarbereich besteht, ist diese Zahl jetzt auf 28 gestiegen. Dies spiegelt allgemeine Bemühungen zur Einbeziehung selbst jüngerer Kinder in den demokratischen Prozess und zur Einbettung dieser Erfahrung in das Schulleben von einem sehr jungen Alter an wider. Die Mitwirkung von Schülern ist in der schulbasierten beruflichen Erstausbildung weniger ausgeprägt (30 Bildungssysteme) als im Sekundarbereich I und II (37 bzw. 38 Bildungssysteme). Diesem Aspekt ist größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Zahlreiche Länder weisen auf Verbindungen zu Organisationen auf europäischer und internationaler Ebene hin, wie das „Modell Europa-Parlament“ (MEP) des Europäischen Parlaments ([6]) oder das „Europäische Jugendparlament“ ([7]). Andere Länder bieten Unterstützung für die Entwicklung von Schüler- oder Jugendparlamenten auf Schulebene (wie Polen, Portugal, Liechtenstein, die Schweiz und Montenegro).

Mitwirkung der Eltern am Schulleben

Den Schulverwaltungsgremien gehören Eltern, Lehrkräfte, nicht lehrendes Personal und Lernende an und ihren Vorsitz führt in der Regel die Schulleitung. Sie können Zuständigkeiten haben, die von der fachlichen Einbindung bis zur Einstellung von Lehrkräften und Beratung zur künftigen Leitung der Schule reichen.

Alle Länder fördern die Mitwirkung der Eltern am Schulleben. Nur in Schweden und Finnland gibt es keine Empfehlungen der zentralen Ebene zu diesem Thema, doch ist dies größtenteils der schulischen Autonomie geschuldet. Seit 2012 gelten auch in der Türkei Bestimmungen zur Mitwirkung der Eltern.

Erst
Mitw

([6]) Beim Modell Europa-Parlament finden jährlich zwei EU28+-Sitzungen in verschiedenen europäischen Hauptstädten statt. Fünf Schüler werden zur Vertretung jeweils eines EU-Mitgliedstaats gewählt und jeder Delegierte vertritt sein Land in einem der zehn Ausschüsse bei der Erörterung von internationalen Fragen, die auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments stehen. www.mepeurope.eu

([7]) Folgende Länder nehmen am Europäischen Jugendparlament (http://eyp.org/) teil: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Vereinigtes Königreich und Zypern.

Zwar bestehen keine erheblichen Unterschiede bei der Zahl der Bildungssysteme, bei denen eine Mitwirkung der Eltern im Primarbereich (40), Sekundarbereich I (40) und Sekundarbereich II (38) vorgesehen ist, doch fällt eine große Diskrepanz bei der schulbasierten beruflichen Erstausbildung auf, bei der nur in 30 Bildungssystemen eine Mitwirkung der Eltern in den Leitungsgremien besteht. In den folgenden Ländern ist eine Mitwirkung der Eltern in der allgemeinen Bildung, nicht aber in der beruflichen Erstausbildung vorgesehen: Dänemark, Estland, Irland, Island, Liechtenstein, Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik Montenegro, Rumänien, Vereinigtes Königreich (Schottland) und Zypern.

BEWERTUNG DER STAATSBÜRGERLICHEN BILDUNG

Bürgererziehung ist ein zentraler Bestandteil der Lehrpläne aller europäischen Länder und es ist von wesentlicher Bedeutung, dass dieser Fächerbereich wie andere angemessen bewertet wird. Die Bewertung ist ein wesentlicher Bestandteil des Lehr- und Lernprozesses. Forschungsarbeiten bestätigen den starken Einfluss der Bewertung auf Lehr- und Lernverfahren – was an Schulen unterrichtet wird, wird häufig dadurch bestimmt, was bewertet wird (Mons, 2009). Die Forschung zeigt zudem auf, dass Bewertung eines der wichtigsten Instrumente ist, um wirksames Lernen zu fördern (Black & William, 1999).

Der vorliegende Abschnitt konzentriert sich auf die wichtigsten Formen, in denen die Bildungsbehörden einen Rahmen für die Beurteilung der Schüler in der staatsbürgerlichen Bildung bereitstellen: zentrale Leitlinien für die Bewertung im Unterricht durch die Lehrkräfte sowie nationale Prüfungen.

Nationale Leitlinien für die Bewertung im Unterricht

26 Bildungssysteme stellen den Lehrkräften offizielle Leitlinien für die Bewertung im Fach Bürgererziehung im Unterricht im Primarbereich und/oder Sekundarbereich zur Verfügung (siehe Abbildung 3.1 im Bericht).

Die Bewertung der Schüler im Bereich Bürgererziehung ist aufgrund des breiten Spektrums von Lehrplanzielen, die diesem Bereich zugewiesen werden, eine komplexe Aufgabe. Zu den Zielen und Lernergebnissen, die dem Lehrplan für Bürgererziehung von den europäischen Ländern zugewiesen sind, zählen unter anderem der Erwerb eines breiten theoretischen Wissens, die Entwicklung von Fähigkeiten wie analytische Kompetenzen und kritisches Denken, die Annahme bestimmter Werte und Haltungen wie ein Sinn für Toleranz sowie nicht zuletzt die aktive Mitwirkung und Beteiligung der Schüler am schulischen Leben und am Leben der Gemeinschaft.

Die Bewertung der Schüler im Bereich Bürgererziehung ist aufgrund des breiten Spektrums an Lehrplanzielen, die diesem Bereich zugewiesen werden, eine komplexe Aufgabe.

In der Mehrheit der Länder, in denen nationale Leitlinien für die Bewertung der Schüler in staatsbürgerlicher Bildung vorliegen, wird die Bewertung von Wissen, Kompetenzen und Einstellungen empfohlen. In den offiziellen Leitlinien in Estland wird beispielsweise empfohlen, Wissen und Kompetenzen im Bereich politische und Bürgererziehung über schriftliche Projekte und mündlich beispielsweise durch Präsentationen zu bewerten. Die Bewertung von Werten und Haltungen wird durch Rollenspiele, Fallstudien und Gruppenarbeit erleichtert ([8]). In den offiziellen Leitlinien in Österreich, Slowenien, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich

([8]) https://www.hm.ee/en/national-curricula-2014

(Wales und Nordirland) hingegen ist der Umfang der Bewertung auf Wissen und Kompetenzen beschränkt.

Insgesamt bestehen keine wesentlichen Unterschiede beim Umfang, in dem in den offiziellen Leitlinien die traditionellen Bewertungsmethoden oder alternative Methoden als besonders geeignet für die Bürgererziehung angesehen werden ([9]). Zum einen werden in 18 Bildungssysteme schriftliche Ausarbeitungen und Aufsätze sowie in 16 Bildungssystemen Multiple-Choice-Fragebogen verwendet, während in 17 Bildungssystemen projektbasierte Bewertungen und/oder Selbsteinschätzung/ gegenseitige Bewertungen eingesetzt werden (siehe Abbildung 3.2 im Bericht). Auf eine weitere alternative Bewertungsmethode, das Portfolio, wird hingegen weniger häufig in den nationalen Leitlinien zur Bewertung im Unterricht verwiesen und nur in acht Ländern wird diese für den Primar- und Sekundarbereich empfohlen.

Nationale Prüfungen in staatsbürgerlicher Bildung

Bürgererziehung hat keine herausragende Stellung bei den nationalen Prüfungsverfahren im Vergleich zu anderen Fächern wie Mathematik und Sprachen, die europaweit systematisch geprüft werden (Europäische Kommission/EACEA/ Eurydice, 2016). Die Kompetenzen der Schüler in staatsbürgerlicher Bildung werden in etwas weniger als der Hälfte der berücksichtigten Bildungssysteme zu einem Zeitpunkt der Primar- und/oder Sekundarbildung im Rahmen standardisierter Verfahren geprüft.

In knapp der Hälfte der Bildungssysteme werden nationale Prüfungen unter Einbeziehung von staatsbürgerlicher Bildung abgehalten.

In 14 Bildungssystemen werden solche Prüfungen zu Bescheinigungszwecken abgehalten, wobei diese darauf abzielen, die Leistungen der Schüler am Ende eines Schuljahres oder einer Bildungsstufe zusammenzufassen. Die Ergebnisse werden verwendet, um Bescheinigungen auszustellen oder formelle Entscheidungen über den Übertritt in die nächste Bildungsstufe zu treffen. Sämtliche Prüfungen in staatsbürgerlicher Bildung zu Bescheinigungszwecken finden im Sekundarbereich statt. Standardisierte Prüfungen in staatsbürgerlicher Bildung sind zu einem bestimmten Zeitpunkt für alle Schüler in Frankreich, Lettland, Polen und Schweden verpflichtend vorgeschrieben, auch in Irland war dies bis zum Schuljahr 2016/2017 der Fall. In den übrigen Ländern ist dies optional für die Schüler oder die Schulen.

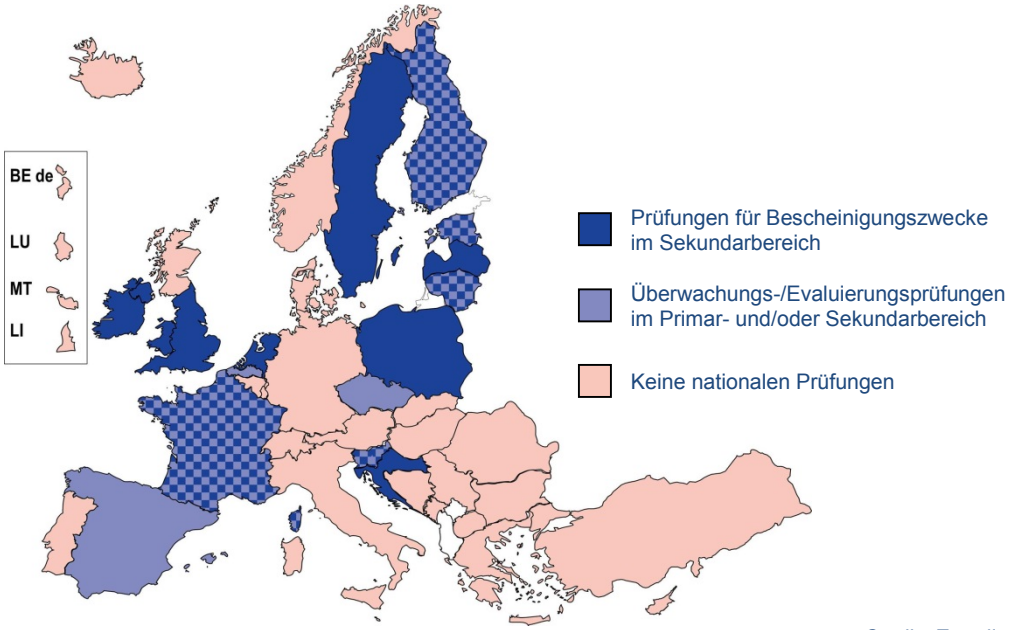
In acht Bildungssystemen werden nationale Prüfungen unter Einbeziehung von staatsbürgerlicher Bildung mit Blick auf eine Evaluierung des Bildungssystems insgesamt und/oder einzelner Schulen abgehalten, um Informationen für Verbesserungen bei Unterricht und Lernen im Bereich Bürgererziehung zu ermitteln; diese Prüfungen werden nicht herangezogen, um Entscheidungen zum Übertritt von Schülern zu treffen. Die Prüfungen zur Überwachung des Bildungssystems werden für eine Stichprobe von Schülern oder Schulen abgehalten. Eine Ausnahme bildet Estland, wo alle Schüler der betreffenden Jahrgangsstufe an der Überwachungsprüfung teilnehmen.

Nationale Prüfungen in staatsbürgerlicher Bildung zielen häufig auf die Schüler in der allgemeinen Bildung. Nur in Belgien (Flämische Gemeinschaft), Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien und dem Vereinigten Königreich (England) werden

([9]) Weitere Informationen zu den für die Bewertung von sozialen und staatsbürgerlichen Kompetenzen in den europäischen Ländern herangezogenen Methoden sind unter Europäische Kommission, 2012, zu finden.

nationale Prüfungen im Bereich Bürgererziehung für Schüler in der beruflichen Erstausbildung abgehalten.

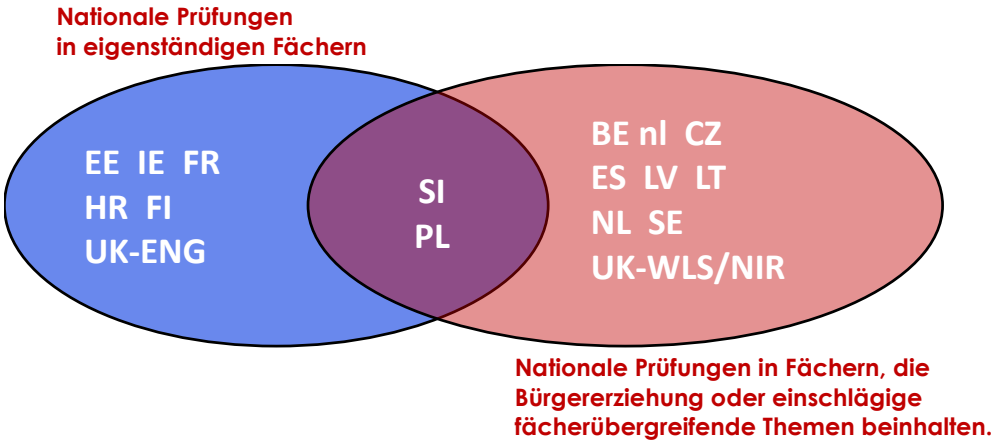
Abbildung 7: Nationale Prüfungen in staatsbürgerlicher Bildung: Hauptziel und einbezogene Bildungsstufen, Primarbereich, allgemeiner Sekundarbereich und schulbasierte berufliche Erstausbildung (ISCED 1-3), 2016/2017



Quelle: Eurydice.

Bemerkenswert ist, dass eine standardisierte Bewertung in diesem Lernbereich nicht nur in den Bildungssystemen stattfindet, in denen Bürgererziehung ein eigenständiges Pflichtfach ist, sondern auch in anderen, in denen Bürgererziehung im Rahmen von anderen Fächern und/oder als fächerübergreifendes Thema unterrichtet wird. Nationale Prüfungen in staatsbürgerlicher Bildung als eigenständigem Fach sowie in den Fächern oder Fachbereichen, die Komponenten der staatsbürgerlichen Bildung beinhalten, werden in acht bzw. elf Bildungssystemen abgehalten (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Beziehung zwischen nationalen Prüfungen und Lehrplankonzepten für die Bürgererziehung im Primarbereich, allgemeinen Sekundarbereich und in der schulbasierten beruflichen Erstausbildung (ISCED 1-3), 2016/2017



Beispielsweise umfassen in Lettland die zentralen Prüfungen in Geschichte und in lettischer Sprache thematische Fragen aus dem Gebiet der staatsbürgerlichen Bildung (Bedeutung von Bürgerschaft, Demokratie, Toleranz, Patriotismus, nationale

Identität und Einstellung zu Migration). Die Bewertung von Kompetenzen im Bereich Bürgererziehung in Fällen, in denen der Fachbereich lehrplanübergreifend unterrichtet wird, stellt eine weitere Herausforderung bei der Bewertung im Bereich Bürgererziehung dar, die in der wissenschaftlichen Literatur hervorgehoben wird (Kerr et al., 2009). Nationale Prüfungen, die sich auf die Leistung der Schüler mit Blick auf die lehrplanübergreifenden Ziele im Bereich Bürgererziehung konzentrieren, finden sich in Belgien (Flämische Gemeinschaft). Um die Schulen beim Erreichen der von der Bildungsbehörde festgelegten lehrplanübergreifenden Ziele für die Bürgererziehung zu unterstützen, wurde in diesem Bildungssystem ein zusätzliches standardisiertes Instrument für die Bewertung der Schüler erarbeitet, das in der nachfolgenden Fallstudie erläutert wird.

Fallstudie: Flämische Gemeinschaft Belgiens – Booster für Bürgererziehung

Der Booster für Bürgererziehung ist eine Online-Befragung, um Einblicke in mit der Bürgerschaft in Verbindung stehende Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen von Schülern zu gewinnen. 2013 begann das Bildungsnetz GO! (eines der drei wichtigsten Bildungsnetze in der Flämischen Gemeinschaft Belgiens) mit seiner Entwicklung, wobei das Ziel letztlich darin besteht, die erfassten Informationen zur Steigerung der Wirksamkeit der staatsbürgerlichen Bildung auf Ebene der Schulen zu verwenden. Des Weiteren liefert es Daten, mit denen die Informationen der 2016 in der gesamten Flämischen Gemeinschaft abgehaltenen nationalen Bewertung der Fortschritte bei den Zielen der staatsbürgerlichen Bildung ergänzt werden. Der Fragebogen umfasst eine Reihe von einfachen Aussagen, die die Schüler nach ihrer Bedeutung bewerten; er betrifft neun Schlüsselthemen und umfasst einen gemischten Abschnitt:

Demokratie in der Schule	Wohlbefinden
Diversität	Engagement
Weltbürgerschaft	Nachhaltigkeit und fairer Handel
Demokratie	kulturelle Bildung
Mein Bildungsweg und meine Bildungsentscheidungen	Sonstiges

Die Einführung an den einzelnen Schulen wird durch pädagogische Berater des GO! unterstützt. Die Befragung zielt auf Schüler auf zwei Stufen, zum einen im Alter zwischen 12 und 20 Jahren und zum anderen im Alter zwischen 10 und 12 Jahren. Feedback ist auf Schulebene in Form eines detaillierten Berichts, der automatisch vom System erstellt wird, verfügbar. Der Schüler erhält kein individuelles Feedback, vielmehr wird jede Schule gebeten, im Nachgang mit den Schülern Diskussionen zu den Ergebnissen der Befragung zu führen.

Die Nutzung des Boosters für Bürgererziehung ist für die Schulen optional. In manchen Schulen, die das Instrument bereits verwendet haben, wurde es als Teil verschiedener schulweiter Konzepte eingesetzt: beispielsweise zur Unterstützung der Planung für einen Tag der staatsbürgerlichen Bildung, als Folgeaktivitäten nach Abschluss eines großen Schulprojekts oder als Unterrichtsaktivität im Rahmen eines entsprechenden Lehrplanbereichs z. B. Geschichte, Sprache oder Religion.

AUSBILDUNG VON LEHRKRÄFTEN UND SCHULLEITERN

Nach wie vor bestehen erhebliche Lücken bei der Erstausbildung von Lehrkräften für staatsbürgerliche Bildung.

Lehrkräfte und Schulleiter sind zentrale Akteure für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung an Schulen. In diesem Abschnitt wird betrachtet, wie die obersten Bildungsbehörden der Verfügbarkeit von einschlägiger hochwertiger Ausbildung für Bürgererziehung in ihren Vorschriften und Empfehlungen für die Lehrererstausbildung und die berufliche Weiterbildung für Lehrkräfte und Schulleiter Rechnung tragen. Es wird hervorgehoben, dass eine Reihe von Ländern Maßnahmen ergriffen hat, um die Entwicklung der beruflichen Kompetenzen von Lehrkräften im Bereich Bürgererziehung zu fördern. Allerdings wird auch aufgezeigt, dass trotz der in den letzten Jahren zu verzeichnenden Fortschritte in manchen Ländern nach wie vor erhebliche Lücken in der Politik für die Erstausbildung von Lehrkräften im Bereich Bürgererziehung bestehen.

Spezialisierung in staatsbürgerlicher Bildung

Lehrkräfte mit einer Spezialisierung in staatsbürgerlicher Bildung können nicht nur den Unterricht von staatsbürgerlicher Bildung als eigenständigem Fach erleichtern, sondern ihr Fachwissen auch weitergeben und dabei helfen, andere Lehrkräfte an der Schule für den Unterricht des Faches auszubilden (Huddleston, 2005). Einige Länder haben vor Kurzem beschlossen, Lehrkräften die Möglichkeit zu bieten, sich zu Spezialisten im Bereich Bürgererziehung weiterzubilden. Während dies im Schuljahr 2010/2011 nur im Vereinigten Königreich (England) der Fall war, besteht jetzt in fünf weiteren Bildungssystemen diese Möglichkeit (Belgien (Französische Gemeinschaft), Dänemark seit Herbst 2017, Irland, Luxemburg und die Niederlande). Zudem bilden sieben weiter Länder – die Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Österreich, Polen und Slowakei – Lehrkräfte als Spezialisten für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung und in zwei oder drei weiteren Fächern („Semi-Spezialisten“) aus. In einer Reihe von Ländern, in denen Bürgererziehung als eigenständiges Pflichtfach unterrichtet wird, bestehen jedoch keine Strategien auf oberster Ebene für die Ausbildung von Lehrkräften für staatsbürgerliche Bildung. Dies gilt für Griechenland, Zypern, Kroatien, Finnland, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei.

Kompetenzen in staatsbürgerlicher Bildung für alle künftigen Lehrkräfte

Eine weitere Möglichkeit, mit der die Bildungsbehörden die Lehrererstausbildung beeinflussen können, besteht in der Festlegung einer Reihe von Kompetenzen, die insbesondere für die Bürgererziehung von Bedeutung sind, sowie der Sicherstellung, dass alle künftigen Lehrkräfte für den Primar- und/oder Sekundarbereich diese Kompetenzen vor Abschluss ihrer Ausbildung erwerben. In den Schlussfolgerungen des Rats für Bildung zu wirksamer Lehrerausbildung ([10]) werden die Länder aufgefordert, umfassende Rahmen zu erarbeiten, in denen die beruflichen Kompetenzen und Qualitäten festgelegt sind, die Lehrkräfte in verschiedenen Unterrichtssituationen benötigen, und diese zur Verbesserung der Qualität der Lehrererstausbildung einzusetzen. In neun Bildungssystemen – Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Ungarn, Niederlande, Vereinigtes Königreich (Wales) und Norwegen – wurden konkrete

([10]) Schlussfolgerungen zu wirksamer Lehrerausbildung, ABl. C 183 vom 14.6.2006, S. 22-25. (http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014XG0614(05)&from=DE)

Kompetenzen im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung definiert, die von allen Lehrerkräften erworben werden müssen.

Bei einer Auswertung der Literatur stehen vier Dimensionen der Kompetenzen im Vordergrund, die für Lehrkräfte in diesem Lernbereich als wesentlich erachtet werden (siehe Audigier, 2000; Bîrzéa, 2000; Dürr, Spajic-Vrakaš & Martins, 2000; Huddleston et al., 2007; Brett et al., 2009).

Wissen und Verstehen	Pädagogische Kapazitäten
➢ allgemeiner Ziele, des Zweck, Inhalts und der Kernprinzipien des Unterrichtsfachs ➢ des Spektrums von Kenntnissen, Kompetenzen, Einstellungen und Werten, die von den Schülern zu entwickeln sind	➢ Planung und Durchführung von Aktivitäten, durch die das aktive Lernen der Schüler gefördert wird, wie strukturierte Diskussionen, Rollenspiele oder Brainstorming ➢ Einbeziehung eines Verständnisses, wie Schüler zu bewerten sind.
Soziale Kompetenzen, die erforderlich sind, um	**Fähigkeit zur Bewertung und Verbesserung**
➢ Diskussionen in der Klasse in einem Lernklima anzuregen, in dem jeder frei sprechen und kritisch denken kann, insbesondere wenn kontroverse Themen behandelt werden ➢ mit Eltern, Kollegen, Organisationen der Zivilgesellschaft und politischen Vertretern zu interagieren, um Möglichkeiten für die Schüler zu schaffen, sich in staatsbürgerlichen Themen in ihren Gemeinschaften und darüber hinaus zu engagieren ➢ die Mitwirkung von Schülern am schulischen Leben zu fördern, indem ihnen Funktionen und Zuständigkeiten in Zusammenhang mit dem Schulbetrieb übertragen werden	➢ von Unterrichts- und Lernmethoden ➢ der Umsetzung von staatsbürgerlicher Bildung in der gesamten Schule

In den Ländern, in denen Kompetenzen definiert wurden, wird nicht allen Dimensionen und für Lehrkräfte in diesem Lernbereich als wesentlich erachteten Themen gleiches Gewicht beigemessen. Beispielsweise konzentrieren sich die Leitlinien der obersten Ebene in relativ vielen Ländern auf das Verständnis der Lehrkräfte für die zu vermittelnden Kenntnisse und Kompetenzen und weniger auf die Werte. Die vorliegenden Leitlinien fördern zudem die Kapazitäten der Lehrkräfte, neue einschlägige Lernaktivitäten zu planen, sowie die sozialen Kompetenzen, die für den Umgang mit Schülern, Eltern, Kollegen und der lokalen Gemeinschaft notwendig sind. Eine geringere Zahl von Ländern verweist auf Kompetenzen in Zusammenhang mit der Fähigkeit der Lehrkräfte, ihre Unterrichts- und Lernmethoden zu evaluieren und zu verbessern.

Fallstudie: Frankreich – Kürzlich erfolgte Reformen, um alle Lehrkräfte mit den Kompetenzen für Bürgererziehung auszustatten

In einem neuen 2013 herausgegeben Rahmen, der unter dem Einfluss des im Januar 2015 auf den Weg gebrachten Aktionsplans zur Mobilisierung der Schule für die Werte der Republik weiterentwickelt wurde, wird eine Reihe von Kompetenzen für angehende Lehrkräfte festgelegt, bei der mehrere der vorstehend genannten Dimensionen als wesentlich für den Unterricht von staatsbürgerlicher Bildung aufgeführt werden. Entsprechend diesem Rahmen sind allen Studierenden in der Lehrerausbildung für den Primar- und Sekundarbereich folgende Kompetenzen zu vermitteln:

- Förderung des Laizismus und Ablehnung aller Formen von Gewalt und Diskriminierung
- Förderung der Werte der Republik
- Berücksichtigung der Vielfalt der Schüler und Begleitung der Schüler in ihrem Lernprozess
- Verhalten als verantwortungsvoller und ethischer Pädagoge
- Integration digitaler Instrumente in den Unterrichtsprozess
- Kooperation in Teams mit Eltern und Partnern der Schule
- Mitwirkung an Aktionen der Schulgemeinschaft.

Der vorstehend erwähnte Aktionsplan führte ferner zur Schaffung neuer landesweiter Möglichkeiten für die berufliche Weiterbildung, um die Lehrkräfte beim Umgang mit Fragen in Zusammenhang mit der französischen Bürgerschaft und der Unionsbürgerschaft, Laizismus und der Bekämpfung von Vorurteilen zu unterstützen. Durch praktische Erfahrungen, wie Diskussionen zu kontroversen Themen, die Erörterung ethischer Probleme oder Rollenspiele, konzentrieren sich diese neuen Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung auf die Verlagerung der Rolle von Lehrkräften von der Vermittlung von Wissen zur Unterstützung des Lernens der Schüler.

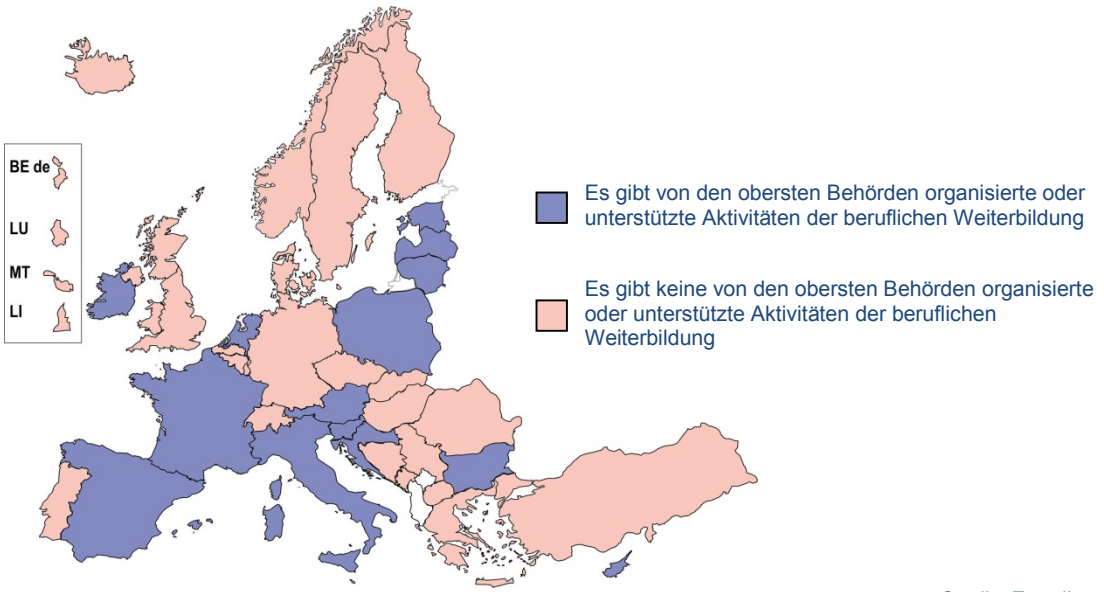
Insgesamt gibt es in knapp der Hälfte der Bildungssysteme keine Vorschriften oder Empfehlungen der obersten Ebene zur Lehrererstausbildung, die sich speziell mit staatsbürgerlicher Bildung befassen – die Entscheidung über das entsprechende Angebot obliegt somit den Hochschuleinrichtungen. Dies wirft Fragen im Hinblick darauf auf, ob die für den Unterricht in staatsbürgerlicher Bildung an den Schulen zuständigen Personen tatsächlich auf diese Aufgabe vorbereitet sind. Dies ist insbesondere von Bedeutung angesichts der erheblichen Zahl von Ländern, in denen Bürgererziehung fächerübergreifend unterrichtet wird und sich folglich alle Lehrkräfte die Verantwortung für die Entwicklung der staatsbürgerlichen Kompetenzen ihrer Schüler teilen.

Berufliche Weiterbildung für Schulleiter wird von den Bildungsbehörden nur selten organisiert

Schulleiter spielen eine zentrale Rolle bei der Sicherstellung der erfolgreichen Umsetzung der staatsbürgerlichen Bildung. Sie können beispielsweise eine günstige Schulkultur fördern, die aktive Mitwirkung aller Mitglieder der Schulgemeinschaft unterstützen und Möglichkeiten für bürgerschaftliche Aktivitäten schaffen (Europäische Kommission/EACEA/Eurydice, 2012a). Generell steht es den Schulleitern frei, an für alle Lehrkräfte angebotenen Aktivitäten der beruflichen Weiterbildung teilzunehmen, die in etwa zwei Dritteln der Bildungssysteme im Bereich Bürgererziehung

von den Bildungsbehörden organisiert oder unterstützt werden. Eine gezielte berufliche Weiterbildung kann Schulleiter jedoch mit den spezifischen Kompetenzen ausstatten, die sie für ihre Funktion benötigen.

Abbildung 9: Von den obersten Bildungsbehörden organisierte oder unterstützte Aktivitäten der beruflichen Weiterbildung, um Schulleiter dabei zu unterstützen, die für die Durchführung staatsbürgerlicher Bildung erforderlichen Kompetenzen zu erwerben, 2016/2017



Quelle: Eurydice.

Länderspezifische Hinweise: Siehe Abbildung 4.3 im Bericht.

Im Allgemeinen organisieren die Bildungsbehörden keine auf Schulleiter ausgerichtete berufliche Weiterbildungsmaßnahmen in staatsbürgerlicher Bildung.

Im Schuljahr 2016/2017 wurden in 14 europäischen Ländern von den obersten Bildungsbehörden berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen für Schulleiter zu dem Thema angeboten, wie Bürgererziehung in Schulen durch eine Reihe von Maßnahmen gefördert werden kann, wie etwa durch schulische und außerschulische Aktivitäten, die Arbeit mit Eltern, die Förderung der Kooperation der Lehrkräfte und die Schaffung einer demokratischen Schulkultur oder demokratischen Schulverwaltung. Zwar wird bei manchen Aktivitäten der beruflichen Weiterbildung mehreren Aspekten des Unterrichts von staatsbürgerlicher Bildung Rechnung getragen, doch sind andere spezifischer ausgerichtet. In Zypern bieten die obersten Bildungsbehörden Schulleitern beispielsweise Aktivitäten der beruflichen Weiterbildung zur Funktion der Schulleitung (an Schulen des Primar- und Sekundarbereichs) für den Unterricht, das Management und die Förderung der soziokulturellen Vielfalt an ([11]). In Spanien müssen die Autonomen Gemeinschaften und das Ministerium für Bildung, Kultur und Sport in den von ihm verwalteten Gebieten (die Autonomen Städte Ceuta und Melilla) Weiterbildungskurse für Schulleiter anbieten, die Programme und Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens an Schulen und zur Prävention von Konflikten und Strategien zum Gegenstand haben.

([11]) http://enimerosi.moec.gov.cy/d/dme6871

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bürgererziehung ist derzeit eine Priorität auf europäischer Ebene und steht auch in einer Reihe von Ländern im Vordergrund. Der Eurydice-Bericht 2017 zum Thema Bürgererziehung zielt darauf ab, ein umfassendes Bild der aktuellen Strategien, Strukturen und Maßnahmen in den europäischen Ländern zu zeichnen. Ziel des Berichts ist es nicht, die Umsetzung der staatsbürgerlichen Bildung in den Schulen zu überwachen oder ihre Wirksamkeit zu bewerten ([12]).

Bürgererziehung ist in nahezu allen europäischen Ländern Teil des nationalen Lehrplans auf jeder Bildungsstufe. Der nationale Lehrplan ist in den meisten Bildungssystemen in der Regel breiter angelegt und umfasst alle vier Kompetenzbereiche – wirksames und konstruktives Miteinander, kritisches Denken, sozial verantwortungsvolles Verhalten und demokratisches Handeln. Auch Regelungen zur Förderung der Partizipation von Schülern und Eltern an der Schulverwaltung, insbesondere im allgemeinen Sekundarbereich, wurden in nahezu allen Bildungssystemen eingeführt. Darüber hinaus geben die meisten Länder den Lehrkräften Material mit Anleitungen und andere Arten von Ressourcen an die Hand, um die Lehrkräfte dabei zu unterstützen, Bürgererziehung in der Schule zu unterrichten und zu vermitteln. Zudem ist erwähnenswert, dass in manchen Ländern die Zahl der Unterrichtsstunden für Bürgererziehung als Pflichtfach in der allgemeinen Bildung erhöht wurde.

Trotz der in den vergangenen Jahren zu verzeichnenden Fortschritte hat jedoch knapp die Hälfte der Länder nach wie vor keine Vorschriften und Empfehlungen zur Einbeziehung der Kompetenzen in staatsbürgerlicher Bildung in der Lehrererstausbildung eingeführt. Obwohl die meisten Bildungsbehörden Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung für Lehrkräfte organisieren oder unterstützen, sind die entsprechenden Angebote für Schulleiter begrenzt. Zahlreiche Bildungsbehörden haben darüber hinaus keine Leitlinien für Lehrkräfte zur Bewertung von Schülern in staatsbürgerlicher Bildung herausgegeben – in einem Drittel der Bildungssysteme bestehen keine diesbezüglichen Vorschriften oder Empfehlungen auf zentraler Ebene. Schließlich zeigt der Bericht, dass Bildungsbehörden in der schulbasierten beruflichen Aus- und Weiterbildung staatsbürgerlicher Bildung weniger Aufmerksamkeit widmen als in der allgemeinen Bildung.

Dennoch werden der erneute Schwerpunkt auf Bürgererziehung und die sich derzeit in Vorbereitung befindlichen Reformen noch für einige Zeit die Bürgererziehung in den Schulen in Europa prägen. Angesichts der stärkeren Sensibilisierung und der wachsenden Erwartungen wird die Bürgererziehung voraussichtlich sogar noch stärker in den Mittelpunkt rücken und hoffentlich mit mehr Ressourcen ausgestattet werden.

([12]) Nähere Informationen sind dem ICCS-Bericht 2016 zu der politischen Einstellungen und dem Kenntnistand von Schülern zu entnehmen (http://iccs.iea.nl/cycles/2016/findings.html).

LITERATURHINWEISE

Audigier, F., 2000. *Concepts de base et compétences-clés pour l'éducation à la citoyenneté démocratique*. Strasbourg: Conseil de l'Europe.

Black, P., William, D., 1999. *Assessment for Learning: beyond the Black Box*. London: GL Assessment.

Bîrzéa, C., 2000. *Education for democratic citizenship: A lifelong learning perspective*. Council of Europe. Council for Cultural Co-operation (CDCC). Project on 'Education for Democratic Citizenship'. Strasbourg, 20 June, 2000. DGIV/EDU/CIT (2000) 21. [pdf] Available at: http://www.bpb.de/files/F0R5Q8.pdf [Accessed 22 September 2016].

Brett, P. et al., 2009. *How all teachers can support citizenship and human rights education: A framework for development of competencies*. Strasbourg: Council of Europe Publishing, 2009. [pdf] Available at: http://dswy.eu/pdfs/How_all_Teachers_HRE_EN.pdf [Accessed 26 September 2016].

Dürr, K., Spajic-Vrkas, V. and Ferreira Martins, I., 2000. *Project on 'Education for Democratic Citizenship'. Strategies for Learning Democratic Citizenship*. DECS/EDU/CIT (2000) 16. [pdf] Available at: http://www.storiairreer.it/sites/default/files/norme/2000%2007%2019%20Duerr.pdf [Accessed 10 May 2017].

Council of Europe, 2016. *Competences for democratic culture - Living together as equals in culturally diverse democratic societies*. Strasbourg: Council of Europe.

Council of Europe, 2017. Learning to live together. Council of Europe Report on the state of citizenship and human rights education in Europe. [Online] Available at: https://rm.coe.int/the-state-of-citizenship-in-europe-e-publication/168072b3cd [Accessed 24 April 2017].

Council of the European Union, 2016a. The role of the youth sector in an integrated and cross-sectoral approach to preventing and combating violent radicalisation of young people - Conclusions of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council (30 May 2016). Outcomes of proceedings. Brussels, 1 June 2016. 9640/16. [pdf] Available at: http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9640-2016-INIT/en/pdf. [Accessed 24 April 2017].

Council of the European Union, 2016b. Developing media literacy and critical thinking through education and training - Council conclusions (30 May 2016). Outcome of proceedings. Brussels, 1 June 2016. 9641/16. [pdf] Available at: http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9641-2016-INIT/en/pdf. [Accessed 24 April 2017].

Council of the European Union, 2017. Conclusions of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council, on Inclusion in Diversity to achieve a High Quality Education For All - Council conclusions (17 February 2017). Brussels, 17 February 2017, 6356/17. [pdf] Available at: http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6356-2017-INIT/en/pdf. [Accessed 24 April 2017].

European Commission, 2012. *Commission Staff Working Document. Assessment of Key Competences in initial education and training. Policy Guidance. Accompanying the document. Communication from the Commission. Rethinking Education: Investing in skills for better socio-economic outcomes.* [pdf] http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52012SC0371&from=EN [Accessed 10 May 2017].

European Commission, 2015. Informal meeting of European Union Education Ministers, Paris, Tuesday 17 March 2015. Declaration on Promoting citizenship and the common values of freedom, tolerance and non-discrimination through education. [pdf] Available at: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/repository/education/news/2015/documents/citizenship-education-declaration_en.pdf [Accessed 24 April 2017].

European Commission, 2016. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions supporting the prevention of radicalisation leading to violent extremism. COM(2016) 379 final. [pdf] Available at: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/repository/education/library/publications/2016/communication-preventing-radicalisation_en.pdf. [Accessed 24 April 2017].

European Commission/EACEA/Eurydice, 2012a *Citizenship Education in Europe*. Luxembourg: Publications Office of the European Union. [pdf] Available at: https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/ecd20d86-e56b-4635-976c-b103d49cc46c/language-en [Accessed 24 April 2017].

European Commission/EACEA/Eurydice, 2012b. *Developing Key Competences at School in Europe: Challenges and Opportunities for Policy*. Eurydice Report. Luxembourg: Publications Office of the European Union. [pdf] Available at: https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/47063155-d7f7-4de8-87b0-8103e8b84197/language-en [Accessed 24 April 2017].

European Commission/EACEA/Eurydice, 2016. *Structural Indicators for Monitoring Education and Training Systems in Europe – 2016.* Eurydice Background Report to the Education and Training Monitor 2016. Eurydice Report. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

European Commission/EACEA/Eurydice, 2017. *Citizenship Education at School in Europe – 2017*. Eurydice Report. Luxembourg: Publications Office of the European Union. [pdf] Available at: https://webgate.ec.europa.eu/fpfis/mwikis/eurydice/index.php/Publications:Citizenship_Education_at_School_in_Europe_–_2017 [Accessed 19 January 2017].

Heater, D. 2002. The history of citizenship education. *Parliamentary Affairs* 55, pp. 457-474.

Huddleston, T., 2005. Teacher training in citizenship education: Training for a new subject or for a new kind of subject? *Journal of Social Science Education,* 4(3), pp. 50-63.

Huddleston, E. et al., 2007. *Tool on teacher training for education for democratic citizenship and human rights education* (revised version September 2007). Strasbourg: Council of Europe, 2007. [Online] Available at: https://rm.coe.int/CoERMPublicCommonSearchServices/DisplayDCTMContent?documentId=09000016802f7279 [Accessed 26 September 2016].

Kerr, D., Keating, A. and Ireland, E. 2009. *Pupil Assessment in Citizenship Education: Purposes, Practices and Possibilities.* Report of a CIDREE Collaborative Project. Slough: NFER/CIDREE.

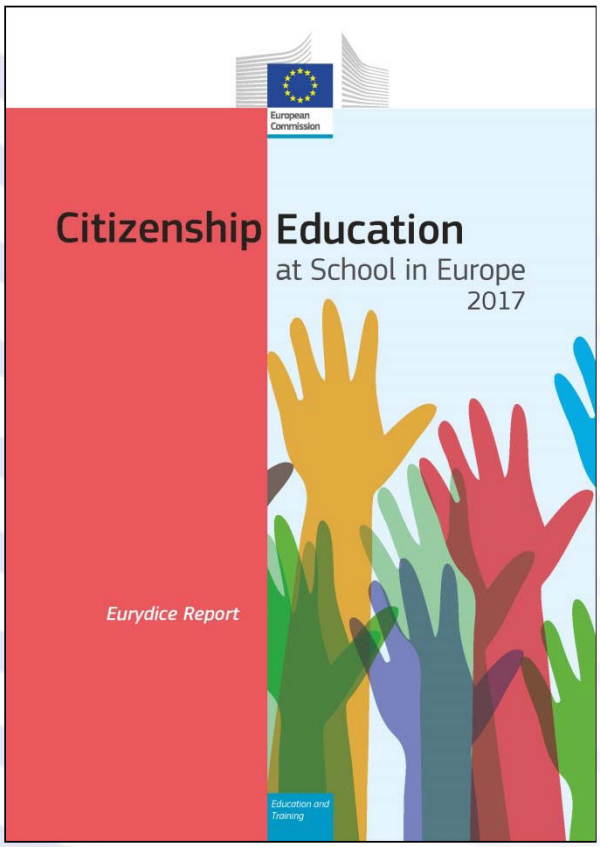
Mons, N., 2009. Theoretical and real effects of standardised assessment. Background paper to the study National Testing of Pupils in Europe: Objectives, Organisation and Use of Results. Brussels: EACEA/Eurydice. [pdf] Available at: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/111EN.pdf [Accessed March 2010].

Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Losito, B., Agrusti, G., & Friedman, T. 2017. Becoming Citizens in a Changing World: *IEA International Civic and Citizenship Education Study 2016 International Report*. Amsterdam: IEA.

United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), 2015. Global Citizenship Education: Topics and Learning Objectives. Paris: UNESCO.

EC-04-18-086-DE-N

Die Aufgabe des Eurydice-Netzes ist es, die Organisation und Funktionsweise der unterschiedlichen Bildungssysteme in Europa zu erklären. Das Netz stellt Beschreibungen nationaler Bildungssysteme, vergleichende Studien zu speziellen Themen, Indikatoren und Statistiken bereit. Alle Veröffentlichungen von Eurydice sind kostenlos auf der Eurydice-Website oder auf Anfrage in gedruckter Form erhältlich. Durch die Arbeit von Eurydice sollen Verständnis, Zusammenarbeit, Vertrauen und Mobilität auf europäischer und internationaler Ebene gefördert werden. Das Netz besteht aus nationalen Stellen in den europäischen Ländern und wird von der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur der EU koordiniert. Weitere Informationen über Eurydice finden Sie unter http://ec.europa.eu/eurydice.



Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-9492-711-8